

Aus erster Hand: EU-Kommissar Andris Piebalgs

## **Zusammenarbeit Weltenergierat – EU**

*jeb. Was unter der bisherigen EU-Kommissarin Loyola de Palacio (Spanien) gut begonnen hat, will ihr Nachfolger, Andris Piebalgs (Lettland), fortführen: Eine möglichst jährliche Zusammenkunft der europäischen Mitglieder des Weltenergierates mit dem Kommissar und führenden Leuten aus seiner Verwaltung. Dieses Jahr nahmen auf WEC-Seite neben den Vertretern aus den 25 Mitgliedsländern und der Schweiz auch die Beitrittskandidaten Bulgarien, Kroatien, Rumänien sowie Russland teil.*

Kaum im Amt, empfing der EU-Kommissar für Energie Piebalgs das europäische Regionalkomitee des Weltenergierates, welches ja seit dem letzten Weltenergiekongress alle europäischen Länder einschliesslich Russlands umfasst. Er zeigte sich an einem regelmässigen offenen Gedankenaustausch interessiert. Als Erstes nahm er das Arbeitsprogramm des Weltenergierates zur Kenntnis und umriss seinerseits die sechs Punkte, welche die Basis der neuen Kommission in Energiefragen bilden und die übergeordneten energiepolitischen Ziele Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltige Entwicklung und Versorgungssicherheit umsetzen sollen.

### **1. Energieeffizienz**

Die Verbesserung der Energieeffizienz ist ein wesentliches Instrument, welches schon im Jahre 2005 die oberste Priorität darstellt und mit welchem die EU die Energiekosten senken und ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern will. Erreicht werden soll dies

- mit dem Erlass und der Umsetzung von Rechtsvorschriften,
- mit der Einführung neuer nachfrageseitiger Technologien (Förderung von F+E einschliesslich Demonstration sowie Konkretisierung der Forschungsergebnisse in Form marktfähiger Produkte und Verfahren)
- mit einer gross angelegten Informations- und Kommunikationskampagne in der gesamten Union.

Mit der Umsetzung der Massnahmen zur Förderung der Energieeffizienz von Gebäuden, der Wärme-Kraft-Kopplung und der Energiedienstleistungen dürfte sich laut EU-Kommission bis 2010 eine Einsparung von rund 70 Millionen Tonnen Erdöläquivalenten erreichen lassen, was einer Einsparung von 15 Milliarden Euro bei den Energiekosten und von 140 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> entspricht. Entsprechend

dürfte sich die Energieabhängigkeit der EU um etwa 4 Prozent verringern.

Als erster Schritt wird demnächst ein Grünbuch der Kommission über Energieeffizienz erscheinen, worauf eine europäische Initiative für die Energieeffizienz ins Leben gerufen werden könnte.

### **2. Integrierter Binnenmarkt für Erdgas und Strom**

Priorität hat zweitens die Vollendung des europaweiten Binnenmarkts für Erdgas und Elektrizität. Dies entspricht auch der Lissabonner Strategie, welche das Ziel verfolgt, Europa bis 2010 zum dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Noch aber sind in mehreren Mitgliedstaaten die Beschleunigungsrichtlinien nicht in nationales Recht umgesetzt. Und auch dort, wo die nationalen Märkte eigentlich als für den Wettbewerb geöffnet gelten, halten sich die Vorteile für die Konsumenten in Grenzen, wie die jährlichen Benchmarkberichte belegen.

Ende 2005 will die Kommission einen detaillierten Bericht veröffentlichen. Sollte sich herausstellen, dass der Energiemarkt nach wie vor zu wenig integriert ist, was einen weiteren Preisanstieg und eine geringe Investitionstätigkeit zur Folge haben könnte, sähe sich die EU-Kommission genötigt, neue Massnahmen für einen besseren Netzzugang, mehr Wettbewerb und ein investitionsfreundliches Umfeld in Betracht zu ziehen.

In die Verbesserung der grenzüberschreitenden Stromverbindungsleitungen muss gezielter investiert werden. Diesbezüglich haben sich die Staaten auf der Tagung des Europäischen Rates von Barcelona im Jahr 2002 verpflichtet, grenzüberschreitende Verbindungsleitungen im Umfang von zehn Prozent der Produktionskapazität zu realisieren. Die

Energieinfrastruktur dient dazu, innerhalb der erweiterten Europäischen Union eine bessere Integration des Strombinnenmarktes ebenso wie einen besseren Verbund mit ihren Nachbarstaaten im Hinblick auf die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

### **3. Förderung der erneuerbaren Energien**

Das dritte prioritäre Anliegen ist die Förderung der erneuerbaren Energien. Die Union hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2010 zwölf Prozent ihres Energieverbrauchs durch erneuerbare Energien zu decken. Dies würde eine Einsparung von 200 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen bedeuten, wodurch nahezu die Hälfte der Einsparungen erreicht würde, auf die sie sich im Rahmen des Kyoto-Protokolls verpflichtet hat. Zugleich könnte die Energieabhängigkeit der EU bis 2010 um 5,5 Prozent reduziert werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, will sie sich auf die weitere Entwicklung der Windenergie, hauptsächlich im Off-shore-Bereich, und auf die Verwendung von Biomasse bei der Stromerzeugung und bei Treibstoffen konzentrieren. Die Kommission plant eine Mitteilung über die Finanzierung von erneuerbaren Energien, die Ende Jahr publiziert werden soll. Sie soll die verschiedenen Finanzierungsarten, die die Mitgliedländer anwenden, im Hinblick auf Best-Practice-Empfehlungen untersuchen. Eine Harmonisierung der Subventionen erscheint aber bereits heute als unwahrscheinlich.

### **4. Kernenergie**

Vierter prioritärer Punkt ist die Kernenergie, deren künftige Rolle in der EU mit einer auf vier Eckpfeilern basierenden Strategie abgesichert werden soll. Dabei geht es

- um die Sicherheit der nuklearen Rohstoffe
- um den Strahlenschutz
- um den sicheren Betrieb der KKW
- und um die zuverlässige Endlagerung der radioaktiven Abfälle.

In den zwei zuletzt aufgeführten Fragen hat die Kommission bereits Vorschläge veröffentlicht. Die Kommission wird zudem ihre Forschungsanstrengungen im Bereich der Nuklearenergie fortsetzen und ihre Aufmerksamkeit auf die effektive Rück-

stellung von Geldern für den Rückbau stillgelegter KKW richten.

### **5. Energiepolitische Beziehungen zu Drittstaaten**

Der fünfte prioritäre Punkt bezieht sich auf die Entwicklung energiepolitischer Beziehungen zu Drittstaaten und ist die Schlüsselantwort auf die Frage der Energieversorgungssicherheit Europas. Die EU hat in dieser Beziehung bereits wichtige Schritte unternommen. Bereits im Jahr 2000 wurde der Energiedialog mit Russland lanciert. Er gibt den Rahmen zu einer ganzen Reihe von Energiethemen auf politischer, administrativer und industrieller Ebene.

Der Dialog soll auch mit andern Produzenten-, Verbraucher- und Transitländern intensiviert werden. Bereits ist ein neuer Dialog zwischen der EU und der OPEC entstanden, der sich auf die Stabilität der Preise und der Märkte, der Markttransparenz und ein gutes Investitionsklima als gemeinsame Ziele konzentriert. Ähnliches wird mit den Kaspischen Staaten angestrebt.

Ein anderes Beispiel zur Vertiefung internationaler Energiethemen ist die Schaffung der Energiegemeinschaft Südosteuropa und dessen schrittweise Integration in den europäischen Binnenenergiemarkt. Die EU ist zudem daran, eine enge Zusammenarbeit in Energiefragen mit den Mittelmeerränderstaaten und den Ländern der arabischen Halbinsel (Maghreb und Mashreq) aufzubauen.

In Anbetracht der Vielfalt dieser Entwicklungen will die Kommission bis Ende Jahr ein neues Grünbuch zur Energieversorgungssicherheit vorlegen.

### **6. Koordination von Energie-, Umwelt- und Forschungspolitik**

Eines der wichtigsten Anliegen der neuen Kommission ist es, eine Energiepolitik zu gestalten, die sowohl der Lissabonner Strategie als auch dem Kyoto-Protokoll genügt. Damit diese zwei Ziele kombiniert werden können und Europas Umweltbewusstsein zu einem Wettbewerbsvorteil wird, müssen neue Technologien entwickelt und eingeführt werden. Ohne unterschiedene Bemühungen auf dieser Ebene riskiert Europa zwar Nummer Eins in Sachen Umweltverantwortung zu werden, dies aber nicht kapitalisieren zu können,

---

weil es das Rennen um die neuen Technologien verliert, die zu den wichtigsten Handelschancen in den nächsten Jahrzehnten gehören dürften.

Es ist wohl nur eine Frage der Zeit, bis die andern industrialisierten Staaten und die

Entwicklungsländer, die Kyoto nicht ratifiziert haben, auch beschliessen, etwas gegen den Klimawandel zu unternehmen. Schon heute realisieren viele Unternehmen, die nicht am CO<sub>2</sub>-Handelsmechanismus teilnehmen, dass ihnen etwas Bedeutendes entgeht. ■